

# E Programm fir Déifferdeng.

Gemengerootswale vum 9. Oktober 2011



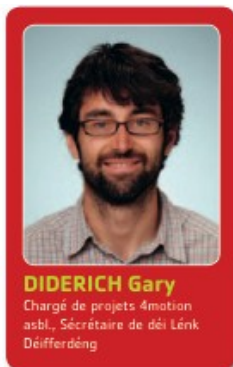
[www.lenk.lu/differdange](http://www.lenk.lu/differdange)

déi Lénk   
DÉIFFERDÉNG



déi Lénk op Facebook:  
[www.facebook.com/lenk.lu](http://www.facebook.com/lenk.lu)

# Konkrete soziale und ökologische Alternativen für Differdingen



Der Wandel, durch den Wechsel von LSAP-DP zu CSV-DP-Déi Gréng und seit 2005 nur noch DP-Déi Gréng ist nicht zu verfehlen. Vieles hat sich verändert in Differdingen und viele längst überfälligen Massnahmen wurden getroffen. Doch die sozialen und demokratischen Aspekte der Rolle der Gemeinde sind dabei des öfteren auf der Strecke geblieben.

Verdreifachung der Wasser- und Abwassertaxen und massive Erhöhung der Mülltaxe; Geschenke an profitable Betriebe. Hingegen gibt es keinen sozialen Wohnungsbau durch die Gemeinde und die Privatisierungspolitik durch die zwei Private-Public-Partnership Projekte (PPP) und den vermehrten Rückgriff auf private Putzfirmen widerspricht dem eigenen Koalitionsabkommen von DP-Déi Gréng.

Die Oppositionsparteien in Differdingen, haben als Regierungsparteien diese unsoziale Situation noch verstärkt und es verpasst in Differdingen der Koalition Paroli zu bieten. Erst im Wahljahr 2011 wurde angefangen sich kritisch zu verschiedenen Projekten der Koalition zu äussern. Zu spät und nicht entschieden genug, unserer Meinung. Die aktuelle Situation und die Entwicklung die wir befürchten, hat dazu geführt, dass mit « déi Lénk » sich eine neue politische Kraft für Differdingen wiederaufgebaut hat.

Differdingen ist zusehends gespalten; neue Wohnungen und neue Arbeitsplätze entstehen, doch dieser « Aufschwung » geht leider an zu vielen Differdingern vorbei: die Arbeitslosigkeit ist auf dem höchsten Niveau seit Ende des 2. Weltkrieges, mit all den sozialen Folgen für eine Stadt, die eine solche Situation mit sich bringt.

Wir haben ein Programm für die nächsten 6 Jahre entwickelt, das versucht, alle Differdinger mitzunehmen in die vielbeschworene Zukunft. Das ist die eigentliche Herausforderung, die sich in den nächsten Jahren in Differdingen stellt. Es müssen wieder alle Menschen am geschaffenen Reichtum und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sollte dies nicht geschafft werden, droht unsere Gesellschaft weiter auseinanderzudriften.

Unser Programm benennt in 16 Kapiteln, die Probleme und stellt ihnen konkrete Lösungen entgegen. Wir wollen starke soziale, ökologische und demokratische Akzente in Differdingen setzen, um den Menschen dieser Stadt neue Perspektiven zu bieten.

Dazu bedarf es eines anderen politischen Kräfteverhältnisses und dieses können Sie mit ihrer Stimme am 9. Oktober herstellen: Sozial geet vir.

Diderich Gary

# Unser soziales, ökologisches und demokratisches Programm für Differdingen

1. Öffentliche Arbeitsplätze für öffentliche Dienste.....	3
2. Die Gemeindefinanzen sozial und ökologisch absichern und transparenter machen!....	4
3. Bezahlbaren Wohnraum in Differdingen schaffen.....	5
4. Eine soziale und ökologische Verkehrspolitik.....	6
5. Differdingen – Pionier der Energiewende.....	8
6. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden!.....	9
7. Kinder und Jugend fördern.....	11
8. Schulpolitik gegen soziale Ungleichheit.....	13
9. Eine soziale Entwicklung der Stadt.....	14
10. Älteren Menschen Platz für ihre Potentiale bieten.....	16
11. Kultur für eine lebendige Demokratie.....	17
12. Frauen und Männer gleich stellen.....	19
13. Eine behindertengerechte Stadt.....	20
14. Sport für alle.....	21
15. Nachhaltige Planung der Stadtentwicklung .....	22
16. Soziale, ökologischen und demokratischen Modellprojekte .....	23
BIOSOLIDAR – Lokales Gärtnerei-Projekt vereinigt Vergangenheit und Zukunft.....	23
Botanico – Ökologisch und sozialer Botanikgarten mit Indoor & Outdoor Aktivitäten.	24
Re-cycle - ein ökologisches und soziales Projekt öffentlicher Fahrräder.....	24



## 1. Öffentliche Arbeitsplätze für öffentliche Dienste

*Die Gemeinde ist Garant für sozial und ökologisch verantwortliche öffentliche Dienstleistungen. Dies ist eine ihrer grundlegenden Rollen. Jegliche Privatisierung ist ein Schritt in die falsche Richtung. Privatisierung heisst auch gleich demokratischer Kontrollverlust über diese Dienstleistungen. Auch wenn kein Personal unmittelbar gekündigt wird, ist jegliche Privatisierung ein schleichender Abbau von Arbeitsplätzen bei der Gemeinde. Daran hängen auch indirekt Arbeitsplätze (Service Technique,...). Déi Lénk wird sich entschieden gegen jegliche Privatisierung einsetzen. Déi Lénk werden dafür eintreten, dass bereits beschlossene Privatisierungen (PPP Parc des Sports, Diffbus, Putzfirma,...) möglichst bald rekommunalisiert werden.*

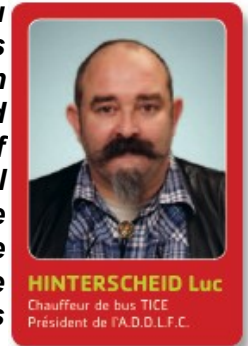


- 1.1. Die Verträge bezüglich des **Private-Public-Partnerships (PPP)** um Bau und der Bewirtschaftung des « Aquasud » sowie des neuen Stadions werden öffentlich zugänglich gemacht.
- 1.2. Die Gemeinde wird schnellstens Möglichkeiten suchen die **Verträge** bezüglich der **Private-Public-Partnerships zum Bau und der Bewirtschaftung des « Aquasud » und des neuen Stadions zu kündigen**. Die Gemeinde Differdingen wird, eventuell in einem interkommunalen Syndikat mit den Nachbargemeinden Sanem und Bascharage zusammen, den Badekomplex übernehmen. Das aktuelle Gemeindepersonal des Schwimmbads wird so schnell wie möglich zurück auf ihre ursprünglichen Arbeitsstellen affektiert.
- 1.3. Die Gemeinde verhandelt mit dem interkommunalen Transportsyndikat **TICE**, in welchem Differdingen seit jeher Mitglied ist und sich finanziell beteiligt, damit dieses den „**Diffbus**“ **betreibt**. Ziel ist es, den Vertrag mit der Privatfirma möglichst bald zu kündigen.
- 1.4. Die Gemeinde Differdingen wechselt von „Enovos“ zum grünen Strom Angebot von „**Südstrom**“, Terra Invest. **Südstrom gehört der Escher Gemeinde** und ist somit in öffentlicher Hand. Ausserdem kauft Südstrom gar keinen Atomstrom und keinen Strom aus fossiler Produktion.



## 2. Die Gemeindefinanzen sozial und ökologisch absichern und transparenter machen!

*Unter dem DP-Grüne Schöfferrat ist es in den vergangenen 6 Jahren zu einer ungerechten Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums gekommen – von unten nach oben! Betriebe und Promotore wurden übermäßig begünstigt – ausserdem wurde massiv in Werbung und kostspielige Events investiert. Im Gegenzug wurden die Taxen auf lebenswichtigen Grundbedürfnisse wie Wasser, Abwasser und Müll massiv erhöht. So fließen die Taxen, die die Differdinger Haushalte bezahlen in die Begünstigungen großer Betriebe und die geldverschwendenden Projekte, wie zum Beispiel die ARENA und die Skipiste. Bis heute weiß noch immer niemand, wieviel die beiden Events den Steuerzahler gekostet haben. Zusätzlich droht Differdingen unter DP-Grüne wie viele Nachbargemeinden den Hebesatz der Gewerbesteuer runterzusetzen und somit noch weiter Geschenke an die Betriebe zu machen. Déi Lénk wehren sich mit aller Kraft gegen diese unsoziale und untransparente Finanzpolitik der Stadt Differdingen.*



2.1 Die Stadt Differdingen wird den **Hebesatz der Gewerbesteuer** nicht runtersetzen. Die Stadt Differdingen widersetzt sich der neoliberalen Standortkonkurrenz zwischen den Gemeinden und setzt sich in den interkommunalen Syndikaten und besonders im ProSud für eine Harmonisierung der Steuern.

2.2. Die Stadt Differdingen macht die bisherige unsoziale Taxenpolitik rückgängig und führt einen **gestaffelten Preis auf Wasser- und Abwasser** ein, der auch ökologische Kriterien berücksichtigt und Verschwendung bestraft wird.

2.3. Die Taxen und Gebühren der Stadt Differdingen werden generell nach **sozialen und ökologischen Kriterien** festgesetzt und nach sozialen Parametern angepasst.

2.4. Die Stadt Differdingen führt eine **Spekulationssteuer** auf leer stehenden Wohnungen ein, welche von **Promotoren für spekulative Zwecke missbraucht werden**, anstatt sie für sozialen Wohnungsbau zu nutzen.

2.5. Die Stadt Differdingen wird prüfen ob die bisher erhobene **Grundsteuer** angepasst ist und welche Konsequenzen einer Erhöhung auf die **soziale Gerechtigkeit** und den **Wohnungsmarkt** haben könnten.

### 3. Bezahlbaren Wohnraum in Differdingen schaffen

*Die Situation auf dem Immobilienmarkt verschlimmert sich stetig; die Wohnungs- und Mietpreise sind untragbar. Für viele Mitbürger ist die Verteuerung des Wohnens ein wesentlicher Faktor der Verarmung geworden. Damit Wohnen für Bürger mit weniger Einkommen erschwinglich ist, muss die öffentliche Hand, vor allem die Gemeinde, aktiv werden. In jeder Gemeinde sollte der Anteil an Sozialwohnungen mindestens 10% betragen, auch in Differdingen. Der DP-déi Gréng-Schöfferrat hat 6 Jahre lang keine einzige soziale Mietwohnung gebaut. In Differdingen werden zwar massiv Wohnungen gebaut, oft auf Baugrund der Gemeinde oder auf Initiative der Gemeinde, aber sowohl Bau wie Verkauf wird privaten Immobilienhändler überlassen. Mietwohnungen zu sozialen Preisen bleiben dabei aussen vor.*



3.1. Die Stadt Differdingen baut wieder **Sozialwohnungen**. Dies wird zu 75% vom Staat subventioniert. Für die restlichen 25% wird ein Wohnungsbaufonds geschaffen – bestehend aus den Mietzahlungen, einer Sondersteuer auf Zweitwohnungen, Gewerbeterrains und einer Spekulationssteuer auf leer stehenden Wohnungen.

3.2. Die Stadt fördert soziale, auf das Stadtgebiet verteilte **Wohnungsbauprojekte** „des Fonds pour le Logement à coût modéré“ und der „Société nationale des habitations à bon marché“. Zu einem Wohnungsbauprogramm gehören unbedingt auch Studentenwohnungen (die zu 100% vom Staat subventioniert werden!), Wohnungen für alleinstehende Jugendliche sowie betreutes Wohnen für ältere und behinderte Personen.

3.3. Die Stadtverwaltung schöpft endlich die im Gesetz zum **Wohnungspakt** geschaffenen Möglichkeiten voll aus: Mobilisierung des brachliegenden Baulands, drastische Erhöhung der Grundsteuer auf Spekulationsobjekten,...

3.4. Zur Senkung des Kaufpreises von Wohnungen fördert die Stadt Projekte, bei denen das **Grundstück vermietet** anstatt verkauft wird („bail emphytéotique“ über 29 bis 99 Jahre).

3.5. Es werden auch **Rohbau-Wohnungen** angeboten, denn manche Leute können sich zwar keine schlüsselfertige Wohnung leisten, können sie jedoch in Eigenarbeit fertig stellen.

3.6. Der „**Mietkauf**“ erlaubt es weiteren Familien sich eine Wohnung ohne Bankkredit anzuschaffen, indem sie den Preis in monatlichen Raten abbezahlen.

3.7. Ein **Renovierungsprogramm** für Altbauten. Dieses schafft nicht nur hochwertigen Wohnraum, sondern auch Arbeitsplätze und trägt darüber hinaus noch zum Klimaschutz bei. Zudem können wertvolle historische Gebäude vor unnötigem Abriss bewahrt werden (siehe die wunderschönen Fassaden in der av. Emile Mark gegenüber der Schule). Es darf nicht sein, dass die Mieter die Leidtragenden in schlecht isolierten Wohnungen sind, wo die Heizkosten ständig steigen. Einkommensschwache Haushalte bekommen höhere Zuschüsse als Einkommensstarke Haushalte. Für Mietwohnungen erarbeitet die Gemeinde ein Programm welche ökologische Renovierungsarbeiten durch ein Partnerschaft zwischen Besitzern, Mietern und der Gemeinde voranbringt.

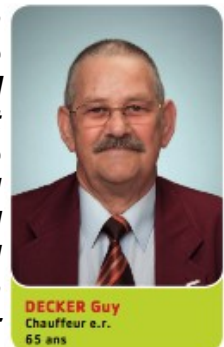
3.8. Die Stadt **informiert** alle Haushalte genau über Lage, Größe und Preise der geplanten (auch privaten) Wohnprojekte. Im Biergeramt wird dafür eine kompetente Info-Abteilung zuständig sein.

3.9. Es werden einige **Notwohnungen** zur Verfügung stehen, um Menschen im Brandfall, Einsturzgefahr usw. schnell-unter zu bringen.

3.10 Ein Teil der gebauten **Sozialwohnungen** wird **immigrierten Einzelpersonen und Familien** zur Verfügung stehen. Dies werden kurzfristig Wohnungen zu sozialen Preisen sein. So soll den **Matratzenhändlern** (Vermietung von Zimmern über verschiedenen Cafés,...) das Handwerk gelegt werden.

## 4. Eine soziale und ökologische Verkehrspolitik

*Als drittgrösste Stadt Luxemburgs ist Differdingen in den letzten Jahren weiterhin stark gewachsen. Mehr als 20.000 Einwohner und grosse Wohnungsbauprojekte werden diesen Trend weiterführen. Differdingen wird verstärktem Verkehr ausgesetzt sein und bereits jetzt ist unsere Stadt mit PKW-Verkehr überlastet. Der weitere Wachstum der Stadt droht die Situation noch zu verschlimmern, wenn der Durchgangsverkehr nicht bald umgeleitet wird und wenn das Verhältnis zwischen dem Autoverkehr und dem öffentlichen Transport, sowie dem nichtmotorisierten Verkehr (modal split) sich nicht verbessert. Dazu soll u.a. Wohnen, Arbeiten und Einkaufen wieder näher zusammen rücken, denn kürzere Wege bringen auch weniger Verkehr. Das Ziel aller Maßnahmen ist es, dass sowohl für den Alltag (Arbeit, Einkauf, Schule) als auch für die Freizeit (Sport, Spaziergänge in der Umgegend,...) keine Auto mehr notwendig ist und sanfte Mobilität zusammen mit dem öffentlichen Transport die bessere Alternative wird.*



4.1. Die Stadt setzt sich für die im „Mobil2020“ Konzept geplante **direkte Zugverbindung von Esch-Belval nach Luxemburg-Stadt** ein. Dies würde geschätzte 10-15 Minuten an Fahrzeit nach Luxemburg-Stadt für die Differdinger einsparen, welche bei dem momentanen Umweg unnötig verloren gehen und den Zug für Differdingen weniger attraktiv machen.

4.2. Die Stadt Differdingen setzt sich für eine **Südtram** ein, z.B. in Richtung Düdelingen ohne Umweg über Bettemburg. Im Rahmen der gegenüber Belval auf französischer Seite geplanten „écocité“ muss auch der Schienenverkehr von Audun nach Villerupt ausgebaut werden.

4.3. Die Stadt Differdingen engagiert sich innerhalb vom Gemeindesyndikat der Südgemeinden, ProSud, um ein **Car-Sharing Projekt für den Süden aufzubauen**. Dieses Projekt soll Bewohnern von Differdingen ermöglichen ganz auf das Auto zu verzichten und nur für den punktuellen Transport von Sachen und zu anderen spezifischen Gelegenheiten ein Auto zu erschwinglichen Preisen zu mieten.

4.4. Die **Fahrradspuren** werden konsequent ausgebaut, damit Fahrräder für die alltägliche Mobilität attraktiver werden. Der Anschluss zur nationalen Fahrradpiste PC 6 „Trois Cantons“ soll schnellstens gebaut werden. Zu diesem Zweck muss die Differdinger Gemeinde stärker mit der Nachbargemeinde Sassenheim und dem Nachhaltigkeitsministerium zusammenarbeiten und Druck machen. Beim Bau der Umgehungsstrasse muss unbedingt sofort eine Fahrradpiste mitgebaut werden.

4.5. Überdachte **Fahrradunterstände** werden bei allen öffentlichen Gebäude aufgestellt. Im geplanten Parkhaus nahe des Differdinger Bahnhofs werden abschliessbare Fahrradboxen eingerichtet.

4.6. **Re-cycle - ein ökologisches und soziales Projekt öffentlicher Fahrräder** wird aufgebaut. Fern vom städtischen „Veloh“ und noch konsequenter als das Escher „Vel'OK“, sollen hier, wie auch die ersten solchen öffentlichen Fahrräder in Kopenhagen, gebrauchte Fahrräder in den Einsatz kommen, welche in Stand gesetzt werden. Zu diesem Zweck, wird eine Fahrradwerkstatt eingerichtet. Diese wird auch für alle Bürger zugänglich sein, um mit der Hilfe von den hier Arbeitenden Profis, das eigene Fahrrad selbst zu reparieren. Dieses Projekt schafft Arbeitsplätze, antwortet auf das Bedürfnis nach einer lokalen Fahrradreparaturmöglichkeit und fördert den Fahrradtransport.

4.7. Ein **Late-Night-Bus** ermöglicht die Teilnahme am städtischen Leben auch spät am Abend, ohne sich und andere zu gefährden.

4.8. Der **DIFFBUS** wird ausgebaut, bleibt gratis und wird vom TICE übernommen und somit rekommunalisiert. Naherholungsgebiete wie der Fond de Gras / Giele Botter, der Metz kimmert und Park Grouwen sollen auch durch den Diffbus erreicht werden.

4.9. Die Linie 6 des TICE, welche **Lasauvage an Differdingen anbindet**, wird in Zukunft gratis für die Fahrgäste. Auch wird mit unmittelbarer Beteiligung der Bewohner von Lasauvage der Fahrplan angepasst. Zum Beispiel kann es nicht sein, dass die Schüler um 14:20h in Differdingen von Esch ankommen und erst um 15:10h weiter nach Lasauvage fahren können. Für Zeiten, in welchen der Bus nicht genügend benutzt werden würde, soll ein Ruftaxi eingeführt werden.

4.10. Alle **Bushaltestellen** werden überdacht und die Fahrpläne werden auf allen Haltestellen klarer angezeigt. Es wird untersucht ob und wie digitale Anzeigentafeln in den Einsatz kommen können.

4.11. Wenn **Bushaltestellen** wegen Arbeiten oder Veranstaltungen verlegt werden, wird dieses klar ausgeschildert, auf mobiliteit.lu aund differdange.lu angezeigt. Außerdem, können sich die Bürger abonnieren um durch e-mail und/oder SMS informiert zu werden.

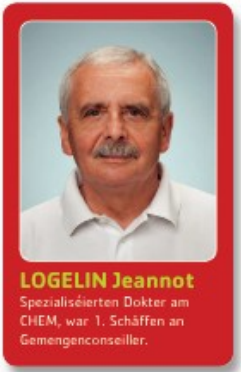
4.12. Die Stadt Differdingen untersucht die Möglichkeit innerhalb der Gemeinde ein **autofreies Stadtviertel** umzusetzen. Diese Chance wurde beim „Plateau Funiculaire“ nicht genutzt, soll aber bei weiteren Großprojekten ins Auge gefasst werden. Außerdem, soll unter die Lupe genommen werden, welche **Strassen weiter verkehrsberuhigt, zum Beispiel durch „shared space“ wie in Niederkorn, und sogar verkehrsbefreit** werden können.

4.13. In einer **Aufklärungskampagne** werden Eltern und Kinder davon überzeugt für den Schulweg auf das Auto zu verzichten. Der jetzige Zustand schafft immer wieder gefährliche Situationen für die Schulkinder. Die „agents municipaux“ sollen auch als Lotsen für die Schulkinder eingesetzt werden.



## 5. Differdingen – Pionier der Energiewende

*„Eng Industriestad am Gréngs“ - so hiess es früher. Die Stahlindustrie nimmt stetig ab, doch die Natur in und um Differdingen muss erhalten bleiben. Differdingen ist aber keine isolierte Insel, wir müssen als Klimabündnis-Gemeinde bis 2030 50% unserer CO2-Emissionen reduzieren. Dies soll ernst genommen werden und keine leere Absichtserklärung sein! Sanfte Mobilität (zu Fuss gehen und Fahrrad), Energiewende, Schutz der Artenvielfalt... All diese großen ökologischen Ziele können nicht durch vereinzelte Aktionen erreicht werden. Eine konsequente Strategie muss dies in die Praxis umsetzen. Daher wird sich die Stadt Differdingen messbare umweltpolitische Objektivie stellen, viel mehr Monitoring machen und die Fortschritte jährlich evaluieren. Differdingen wird Vorreiter in Sachen alternativer Techniken und der Energiegewinnung.*



5.1. Die Stadt Differdingen wird zur **Hauptstadt der Energiewende** erklärt mit einem ambitionierten Programm. Das Hauptaugenmerk wird auf die Erstellung eines öffentlichen Katasters der Dächer gelegt, mit der Aufforderung an die Bevölkerung systematisch Fotovoltaikanlagen anzubringen, wo es energetisch sinnvoll ist. Für alle gemeindeeigenen Gebäude geht die Stadt mit dem guten Beispiel voran. Die Gemeinde realisiert Fotovoltaikbauprojekte an denen sich die Bevölkerung finanziell beteiligen kann. Somit wird nicht nur die lokale Energiegewinnung gefördert sondern auch nachhaltige und lokale Geldanlagen geschaffen.

5.2. Die Gemeinde Differdingen wechselt von „Enovos“ zum grünen Strom Angebot von „Südstrom“, Terra Invest. Südstrom kauft gar keinen Atomstrom und keinen Strom aus fossiler Produktion.

5.3. Differdingen wird zielstrebig die Ansiedlung von **Forschungs- und Produktionsstätten** für die erneuerbaren Energietechnologien anstreben. Dabei soll der Zyklus Grundlagenforschung - angewandte Forschung - Innovation - Produktion - Verwendung mit den Forschungsinstituten und der Universität abgestimmt werden.

5.4. Die **ökologische Sanierung der Altbauten** (Isolierung) und die verschärften Normen bei Neubauten (Passivbauweise) werden zu Einsparungen beim Energieverbrauch führen. Die Gemeinde wird alle Möglichkeiten ausnutzen, dass auch in vermietete Wohnungen investiert wird, damit die Mieter nicht den größten Verbrauch und damit die größten Nebenkosten haben.

5.5. Konkrete und praktische Energiespartips werden regelmässig im „Déifferdeng Magazine“ veröffentlicht.

5.6. Inspiriert von der „Transition Town“ Bewegung in der ganzen Welt wird die Differdinger Gemeinde Initiativen unterstützen, welche **Alternativen zur Ölabhängigkeit** aufbauen. Das Öl ist endlich, und es ist wichtig jetzt konkrete Wege zu finden, wie wir weniger natürliche Ressourcen verbrauchen können. **Kollektive Gärten, die kommunale Biogärtnerei (siehe Kapitel 16), ein lokaler Tauschkreis** um sich gegenseitig Geräte zu verleihen und zu vermeiden, dass jeder immer alles selbst haben muss,... Zu diesem Zweck wird die Gemeinde eine Kooperation mit dem „Centre for Ecological Learning Luxembourg“ (CELL asbl.) anstreben. Die lokalen „Gaart & Heem“ Vereine sind seit Jahrzehnten wichtige Akteure in dem Bereich. Ein Austausch zwischen traditioneller Gartenbewirtschaftung und neuen, naturnahen Methoden wie Permakultur, soll angestrebt werden.

5.7. Das Ausufern des motorisierten Verkehrs wird **gebremst**. (siehe auch Kapitel 4). Er produziert neben Abgasen und Lärmbelästigung einen erheblichen Anteil des gesundheitsschädlichen Feinstaubes.

5.8. Ein Wasserwirtschaftskonzept wird bei allen neuen Bauprojekten obligatorisch (sparsamer Trinkwasserverbrauch durch Nutzung von Regenwasser). Auch die Stadtverwaltung gibt sich ein Konzept für die Verwertung des Oberflächenwassers, das weiter verstärkt getrennt gesammelt werden soll.

5.9. Die Gemeinde setzt sich mit aller Kraft für eine strengere **Überwachung der Emissionen** von Dioxinen und Schwermetallen ein. Arcelor-Mittal muss durch häufige unangemeldete Kontrollen angehalten werden, ihre Filter in Ordnung zu halten. Das ist nicht nur im Interesse aller Bewohner sondern auch besonders im Interesse der Belegschaft.

5.10. Die Biodiversität kann in bewohnten Gebieten ausgeprägter sein als auf extensiv landwirtschaftlich genutzten Flächen. Deshalb werden die **Biotopkartierung** und der **Grünplan** aktualisiert und systematisch weitergeschrieben. Die bestehenden Grünzonen werden geschützt, eventuell vielfältiger bepflanzt. Es wird ein langfristiges Konzept einer „grünen Stadt Differdingen“ ausgearbeitet und umgesetzt.

5.11. Die als **Naturreservat** klassierten Flächen werden ausgedehnt. Als erstes wird sich um die Klassierung des Thillenbergs bemüht.

5.12. Jedes Jahr soll ein Umweltbericht publiziert werden. Dieser enthält Daten zur aktuellen ökologische Situation, nach festgesetzten Kriterien, evaluiert die Entwicklung und legt die neuen Objekte fest.

## 6. Die Bürgerinnen und Bürger entscheiden!

*Wer Demokratie ernst meint, muss auch die nötigen Strukturen schaffen. In dem Bereich ist viel geschehen nach jahrzehntelangem Stillstand. Doch leider bleiben die Maßnahmen oberflächlich, ja halbherzig. Ein Jugendgemeinderat oder ein Seniorenforum können nicht alleine existieren, sondern müssen Teil der politischen Kultur in Differdingen werden, müssen beteiligt werden an den Fragen, welche die Entwicklung der Gemeinde betreffen. Spätestens bei Riesenprojekten die 45 Millionen Euro kosten, wie das „Aquasud“ Schwimmbad, müssen die Bürger gefragt werden. In Foren aber auch durch ein Referendum. Déi Lénk setzen sich entschlossen für die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte aller Bürger/innen ein.*



Nur informierte Bürgerinnen und Bürger können wirklich mitentscheiden. Deshalb gilt es regelmäßig Informations- und Bürgerversammlungen abzuhalten:

6.1. Alle größeren Projekte der Gemeinde werden in öffentlichen **Bürgerversammlungen** vorgestellt und mit der Bevölkerung diskutiert. Dies soll nicht erst geschehen wenn schon alles entschieden ist, sondern in einer Phase in der noch konkrete Veränderungen möglich sind.

6.2. Die Gemeinde organisiert regelmäßig **Zukunftsforen** (assises sociales, assises scolaires, assises culturelles, Jugendforen...), in denen wichtige gesellschaftliche Fragen diskutiert werden.

6.3. Sowohl **Kindergemeinderat als auch Jugendgemeinderat werden ausgebaut**. Sie treffen sich öfter (3-6 Mal im Jahr), werden aktiv begleitet und unterstützt von qualifiziertem pädagogischem Personal und kriegen ein eigenes Budget über das sie selbst entscheiden können. Außerdem fragt der Schöffenrat den Rat der Kinder und der Jugendlichen zu präzisen Projekten und nimmt ihre Meinung wirklich in Betracht.

6.3. In den Ortschaften finden jährlich **Informationsversammlungen** statt über die Arbeiten und Projekte, die in den nächsten Monaten anstehen. Hier können die Bürger/innen ihre Ideen und Beanstandungen einbringen; ein detaillierter Bericht dieser Versammlungen wird allen Haushalten zugestellt.

6.4. Bei allen öffentlichen Versammlungen ist eine **Übersetzung** gewährleistet.

6.5. Die öffentlichen Sitzungen des **Gemeinderates** werden über **Internet oder Fernsehen** übertragen.

6.6. Der Gemeinderat entwickelt gemeinsam mit den Akteuren der Zivilgesellschaft eine **Charta der Bürgerrechte**. Diese Charta regelt die Beziehungen zwischen der Gemeindeverwaltung und den Bürger/innen: Einsicht in die Gemeindegeschäfte, Informationsfluss, Einführung eines institutionalisierten Beschwerde- und Vorschlagsrechtes.

6.7. Um dem Anspruch einer bürgerfreundlichen Verwaltung gerecht zu werden, wird innerhalb von 2 Wochen für jede Anfrage oder Beanstandung eine **Empfangsbestätigung** verschickt. Sie enthält eine Kontaktadresse und ein verbindliches Datum, an dem die inhaltliche Beantwortung erfolgt. Bekommen die Fragesteller in dieser Zeitspanne keine Antwort, so entschädigt die Stadtverwaltung sie für ihre Unhöflichkeit mit Eintrittskarten (Schwimmbad, Konzerte,...).

6.8. Die Stadt Differdingen stellt eine/n **Ombudsman/frau** ein. Diese/r nimmt die Reklamationen der Bürger/innen entgegen, überprüft sie und interveniert gegebenenfalls bei der Verwaltung oder beim Schöffenrat. Der Gemeinderat diskutiert jährlich in einer Sondersitzung den detaillierten Ombuds-Bericht mit spezifischen Empfehlungen. Um seiner Aufgabe gerecht werden zu können, bedarf der/die Ombudsman/frau größtmöglicher Autonomie gegenüber dem Schöffenrat.

6.9. Die **beratenden Kommissionen werden aufgewertet**: Die Beteiligung interessierter Bürger/innen und Organisationen wird gefördert; die Kommissionen werden möglichst paritätisch zusammengesetzt und sehen einen repräsentativen Anteil ausländischer Bürger/innen vor; die Berichte der Kommissionen werden veröffentlicht.

6.10. Die Planungen und Beschlüsse der **interkommunalen Syndikate** werden regelmäßig in den öffentlichen Gemeinderatssitzungen unterbreitet und diskutiert.

6.11. Die Gemeinde organisiert ein **kommunales Referendum** bei allen entscheidenden Fragen, welche die Hoheitsrechte der Stadt Differdingen betreffen.

6.12. Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger bei der Aufstellung des kommunalen Budgets wird durch die Einführung des **Bürgerhaushaltes** in Differdingen aktiv unterstützt.

6.13. Ein „Conseil de recrutement“, ähnlich wie 1999 unter der Beteiligung von déi Lénk im Escher Schöffenrat, wird eingeführt um möglichen „Favoritismus“ zu vermeiden und die Einstellungspolitik nach **transparenten Kriterien** auszurichten. Dieses Prinzip wird auf andere Bereiche – wie die Vergabe von Sozialwohnungen – ausgeweitet.

## 7. Kinder und Jugend fördern

*Die Stadt Differdingen hat in den letzten Jahren in die Jugendpolitik investiert, einen Kinder- und Jugendgemeinderat eingerichtet, die Aktivitäten des Jugendhauses ausgebaut und einen Ableger in Lasauvage aufgemacht. Doch noch immer gibt es keinen Jugendkommunalplan, der auf einer Analyse der Situation aufbaut und klare Ziele und Aktionen definiert. Es ist uns nicht nur wichtig, dass etwas geschieht, sondern was geschieht und ob es auf die wirklichen Bedürfnisse der nächsten Generation eingeht. Die Betreuungsstrukturen für Schulkinder wurden ausgebaut, aber die Plätze reichen noch immer nicht aus. Außerdem müssen sich diese Betreuungsstrukturen in ein pädagogisches Gesamtkonzept einschreiben, es reicht nicht sie nur irgendwie zu horten.*



7.1. Differdingen arbeitet einen **Jugendkommunalplan**, wie vom Familienministerium seit über 10 Jahren gefordert und zu 50% finanziert, aus. Die weitere Jugendpolitik soll auf diesen ausgearbeiteten Leitlinien aufbauen.

7.2. Die Stadt eröffnet dezentrale **Jugendtreffs**. Diese sollen möglichst selbstorganisiert funktionieren und soviel wie nötig von Erzieher begleitet werden. Jugendliche sollen als Partner in der pädagogischen Beziehung gesehen werden, nicht als „Klient“.

7.3. Um den Jugendkommunalplan auszuarbeiten und umzusetzen wird ein **Jugendamt** eingerichtet und dazu ein Sozialpädagoge eingestellt. Dieser koordiniert auch alle Aktivitäten im Bereich der Jugend und begleitet die dezentralen Jugendtreffs und den Jugendgemeinderat. Das Jugendamt entwickelt auch ein Konzept für **Streetwork** in der Gemeinde. **Streetwork-Aktionen** sollen so schnell wie möglich umgesetzt werden, und später an die Resultate des Jugendkommunalplanes angepasst werden.

7.4. Der **Jugendgemeinderat** wird ausgebaut und bekommt eine offener Form, welche die Partizipation von mehr Jugendlichen fördern soll. Plenarsitzungen sollen 2-5 Mal im Jahr stattfinden und der Schöffenrat wird sich mindestens einmal im Jahr mit dem Jugendgemeinderat treffen. Alle Einladungen, Berichte und Beschlüsse sowie das Konzept und Reglement werden auf [www.jgr.lu](http://www.jgr.lu) allen Jugendlichen der Gemeinde zugänglich gemacht. Alle Jugendlichen können an den Sitzungen teilnehmen, auch ohne Mitglied zu sein, haben jedoch kein Stimmrecht.

7.5. Auch der **Kindergemeinderat** wird ausgebaut. Sie ermöglichen es den Heranwachsenden, ihre Bedürfnisse auszudrücken und sich demokratisch am Gemeindeleben zu beteiligen. Die Kinder sollen sich auch öfters treffen und mehr ins politische Leben einbezogen werden, wenn Infrastrukturen geschaffen werden, welche sich an sie richten (Parks, Spielplätze, Schwimmbad,...). Es wird untersucht wie stark Beteiligung im Schulalltag integriert ist und Anstrengungen werden unternommen, um dies weiter zu fördern.

7.6. Die **Kinder und Jugendlichen** werden über die jeweiligen Gemeinderäte **in die Stadtplanung einbezogen**. Sie werden nach ihrer Meinung gefragt, bei größeren Projekten der Stadt und bei Projekten welche sie direkt betreffen. Diese Meinungen werden berücksichtigt und es soll keine Alibi-Partizipation werden.

7.7. Langfristig soll in der Verwaltung ein **Ressort „kinderfreundliche Stadt“** geschaffen werden, besetzt mit im Erziehungsbereich qualifiziertem Personal, die mit den anderen zuständigen Gemeindeämtern zusammenarbeiten sollen, um in allen Bereichen (Verkehr, Freizeit, Sport,

Kultur...) für eine kindergerechte Politik zu sorgen. Dieses Kinderamt soll ein pädagogisches Konzept entwickeln welches die erwähnten Bereiche mit spezifische Strukturen für Kinder (Schule, Kinderbetreuung, Vereine,...) in Einklang bringt und sich messbare Ziele setzt.

7.8. Die **Betreuungseinrichtungen** für Schulkinder werden weiter ausgebaut. Der Mangel an Krippenplätzen wird behoben. Die exemplarischen Erfahrungen der „Bëschcrèche“ in Esch, werden auch in Differdingen auf andere Krippen ausgeweitet und ein ähnliches Pilotprojekt wird in Differdingen aufgebaut. Es wird besonderes auf die pädagogische Qualität geachtet – und auf Öffnungszeiten, die mit den Arbeitszeiten der Eltern harmonisieren. Qualifiziertes Personal wird korrekten Arbeitsverträgen engagiert und bevor neues Personal eigestellt wird, wird dem aktuellen Personal eine Erweiterung des Arbeitsvertrages vorgeschlagen. Weiterbildungen sollen zumindest teilweise innerhalb der Arbeitszeit möglich sein.

7.9. Das **Baby + Projekt** in Kooperation mit der „Initiative Liewensufank“ wird weitergeführt. Jedoch soll die Kontaktaufnahme anders gestaltet werden. Momentan wird ein Brief mit einem Termin verschickt, welcher den Eltern tendenziell Schuldgefühle vermittelt, wenn sie diesen Termin absagen.

7.10. Zusätzlich zu dem Baby-Schwimmen, welches ein voller Erfolg ist und weitergeführt werden soll, soll auch eine wöchentliche **Babyspielgruppe** angeboten werden. Hier können Eltern mit ihren Babys teilnehmen um den Kleinen die Möglichkeit zu geben mit anderen Babys zu spielen, auch wenn sie in keine Krippe gehen.

7.11. In allen Ortschaften werden neue **Spielplätze** geschaffen respektive bestehende unter der Beteiligung vom Kindergemeinderat und den Kindern aus der Nachbarschaft renoviert. Beim Entstehen neuer, größerer Wohnkomplexe werden die Spielplätze im PAP (Plan d'Aménagement Particulier) vorgeschrieben.

7.12. Im neuen „**Parc de la Chiers**“ soll eine Wasserfontäne mit **Trinkwasser** eingerichtet werden. Viele Kinder verbringen in den Sommerferien den ganzen Tag ohne Getränke auf diesem Spielplatz. Ähnlich wie auf der „Kinnekswiss“ in Luxemburg-Stadt soll hier auch eine Bude installiert werden, wo **Animatoren in den Sommermonaten Spiele verleihen** und in Kontakt mit den Kindern und Jugendlichen treten. Dies soll als ein Instrument vom **Streetwork** benutzt werden.

7.13. Die **Gesundheitsvorsorge** wird optimiert. Kinder, die bei der schulärztlichen Untersuchung Gesundheitsprobleme aufweisen, werden systematisch weiterbetreut. Durch Sensibilisierungskampagnen wird das Gesundheitsbewusstsein bei Kindern und Eltern aufgefrischt: richtige Ernährung, Körperhygiene, genügend Schlaf und Bewegung, Suchtprävention. Dazu wird die Gemeinde innerhalb ihrer Strukturen (Kantinen in Schulen und Betreuungsstrukturen) soweit möglich biologische und fairgehandelte Produkte einsetzen. Das Projekt der lokalen Bio-Gärtnerei wird sowohl zur Sensibilisierung als auch zur Produktion von Gemüse und Obst dienen.

7.14. In der **Verkehrsplanung wird mehr Wichtigkeit auf die Schulwege** gelegt. Für jede Schule soll mit den Kindern zusammen ein Konzept aufgestellt werden, wie sie am besten zu Fuß und per Fahrrad zu erreichen ist und welche baulichen Maßnahmen oder Beschilderungen den Schulweg verbessern. Die Beförderung der Schulkinder mit PKWs schafft Gefahren und ist auch vom ökologischen Standpunkt aus bedenklich.

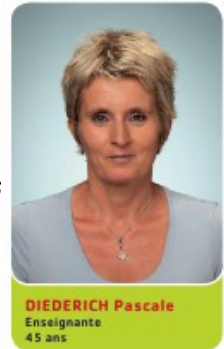
7.15. Besonders **Jugendliche sind von der Wohnungsnot betroffen**. Viele müssen lange bei den Eltern wohnen bleiben und die, die nicht im „Hotel Mama“ wohnen können, müssen irgendwie



klarkommen. Deshalb schaffen wir in jeder Ortschaft der Gemeinde Studentenwohnungen, welche bekanntlich zu 100% vom Staat finanziert werden, sensibilisieren Besitzer zum Thema Wohngemeinschaften und schaffen soziale Mietwohnungen, welche auch Jugendliche vermehrt Möglichkeiten zum unabhängigen Wohnen am Anfang ihrer beruflichen Tätigkeiten geben.

## 8. Schulpolitik gegen soziale Ungleichheit

*Die Schule reproduziert immer noch soziale Ungleichheit. Das belegen zahlreiche Studien (PISA, MAGRIP,...). In Differdingen wurde in den letzten Jahren stark in den Bau und die Renovierung von Schulen investiert, doch immer noch sitzen Kinder in Containern. Doch neben dem reinen Bau der Infrastrukturen fehlt an einem pädagogischen und einem baulichen Konzept für die Grundschulen. Es wurde vor allem versäumt, qualifiziertes Lehrpersonal vermehrt in sozial benachteiligten Teilen der Gemeinde einzusetzen (z.B. Zentrum), wie es das neue Schulgesetz vorsieht. Obwohl durch die Schulreform ein Teil der Verantwortung beim Staat liegt, bleibt der Gemeinde dennoch Raum zum Handeln.*



8.1. Die Schaffung von **neuem Schulraum** muss gezielt weiter gehen. Auch im „Mathendall“ in Niederkorn entsteht eine neue Viertelschule. Dabei wird auch das Angebot an Ganztagschulplätzen ausgebaut. Pädagogischen, baubiologischen und energetischen Aspekte sollen sofort bei der Planung von neuem Schulraum berücksichtigt werden.

8.2. Die großen Schulen werden **entlastet** auf höchstens 500 Kinder. Kleinere Schulen sind überschaubar, sie ermöglichen ein besseres „Schulklima“ und sind weniger gewaltanfällig. Alle Schulgebäude werden zeitgemäß und pädagogisch angepasst ausgestattet (ausreichend Platz, Sicherheit, Hygiene, Gesundheit, Energie...).

8.3. Im Hinblick auf den geplanten Wandel im Mobilitätsverhalten sollen Kinder es von klein auf erleichtert bekommen, zu **Fuss und mit dem Fahrrad zur Schule** zu gehen. Zu diesem Zweck wird der „sechere Schoulwee“ ausgebaut und auch auf Fahrräder ausgeweitet. Überdachte Fahrradständer werden bei allen Schulen ausreichend aufgestellt. Einmal pro Trimester wird

8.3. Unter der **Beteiligung von Eltern und Kindern werden Schulhöfe neu gestaltet** – sie stellen wichtige Räume dar in denen Kinder ihre Kreativität entfalten können und Bewegung ist in Pausen sehr wichtig. Dazu sollen durch Experten auch pädagogische Aspekte bei der Neugestaltung berücksichtigt werden und die Schulhöfe sollen nicht mehr reine Pausenhöfe sein, sondern auch Möglichkeiten bieten Schulstunden mit den Kindern vermehrt draussen zu verbringen.

8.4. Es wird ein flächendeckendes Angebot an qualifizierter **Hausaufgabenhilfe** aufgestellt. Eltern werden auch außerschulisch in Schul- und Erziehungsfragen beraten.

8.5. Eltern werden aktiv **motiviert und begleitet in der Gründung von Elternvereinigungen** in den Schulen, in denen noch keine besteht (z.B. Differdingen-Zentrum).

8.6. Die pädagogische **Zusammenarbeit** zwischen den „Maisons relais“, den Schulen und den Vereinen der Jugendarbeit wird verstärkt.

8.7. Eltern, Lehrpersonal und Gemeinde arbeiten gemeinsam ein **Konzept für schulischen Erfolg** aus. Das Hauptgewicht wird hier – mit Blick auf die Zukunft – auf die Frühförderung gelegt.

8.8. Das **Angebot der Früherziehung und der Betreuungsstrukturen (Maison Relais)** wird weiter ausgebaut (mehr Plätze, angepasste Zeiten). Das Ziel ist ein flächendeckendes und dezentralisiertes Angebot. Zudem findet ein Erfahrungsaustausch mit der „Bëschcrèche“ aus Esch und den Kindertagesstätten statt im Hinblick auf eine wünschenswerte Zusammenarbeit und im Hinblick auf den Aufbau einer ähnlichen naturnahen Kindertagesstätte in Differdingen.

8.9. Die Gemeinde unterstützt **innovative Erziehungsprojekte**, in denen die Schulkinder Raum für Eigeninitiative haben und neue Lernformen gefördert werden. Zudem gibt sie weitere Anreize zu punktueller Projektarbeit.

8.10. Die **Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten** von Erwachsenen werden unterstützt. Die Schule der 2. Chance müsste in Differdingen angesiedelt werden, um der Arbeitslosigkeit entgegenwirken zu können.

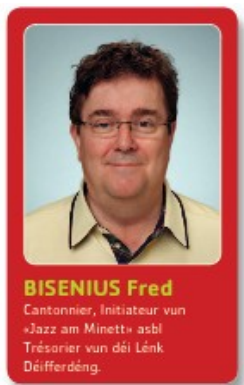
8.11. Die Gemeinde gewährleistet weiter ihr Angebot an **Sprachkursen** und baut es weiter aus.

8.12. Die Gemeinde setzt sich mit vollem Einsatz dafür ein, dass das **Lyzeum** so schnell wie möglich in Differdingen gebaut wird.

8.13. Die Gemeinde setzt sich für die Schaffung einer **Volkshochschule im Süden** ein – zusätzlich zur Universität soll hier jedem die Möglichkeit, wie auch in Dänemark, zur Weiterbildung gegeben werden.

## 9. Eine soziale Entwicklung der Stadt

***Soziale Kommunalpolitik muss mehr sein als punktuelle Hilfestellung in besonderen Notfällen. Sie muss die gesamte soziale Entwicklung der Stadt im Auge behalten: Abbau von sozialen Ungleichheiten, von sozialer Segregation und Ausgrenzung, Verbesserung der Chancen zur persönlichen Entwicklung und der Lebensqualität aller, aber vor allem der benachteiligten Schichten der Bevölkerung. Differdingen braucht als drittgrößte Gemeinde mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit ein Amt für soziale Entwicklung! Von der Finanzpolitik über Urbanismus und Wohnungspolitik bis zur Schulpolitik müssen alle wichtigen kommunalen Politikfelder im Sinne sozialer Entwicklung vernetzt werden. Die „soziale Stadt Differdingen“ muss ein vorrangiges Leitbild der Planung werden, für alle Bereiche der kommunalen Politik.***



9.1. Ein Amt für soziale Entwicklung („Service de développement social“) wird eingerichtet. Dieses macht eine längst überfällige systematische **soziale Berichterstattung**. Die allgemeine Volkszählung soll als Basis eines großen kommunalen Sozialberichts dienen. Allerdings muss dieser Bericht auch konkrete Maßnahmen zur Sozialentwicklung vorschlagen, die öffentlich diskutiert und dann auch umgesetzt werden.

9.2. Die Stadtentwicklungsplanung darf sich nicht auf die Planung neuer Stadtviertel beschränken. In Zusammenarbeit mit dem zu gründenden Amt für soziale Entwicklung wird ein **sektorieller sozialer Entwicklungsplan** aufgestellt. Dieser Plan wird mit den sozialen Akteuren und der Bevölkerung diskutiert und seine Umsetzung regelmäßig kontrolliert und ausgewertet. Daher muss unbedingt das **Amt für soziale Entwicklung** mit der nötigen Personalausstattung versehen werden und ihm den nötigen Stellenwert in der kommunalen Verwaltung zugeteilt werden.

9.3. In Zusammenarbeit mit dem Staat, dem Arbeitsamt und den sozialen und wirtschaftlichen Akteuren wird eine systematische kommunale Beschäftigungspolitik entwickelt. Dazu gehört ein weitsichtiges **kommunales Programm der Schaffung von Arbeitsplätzen**, verbunden mit beruflicher Qualifizierung und sozialer Begleitung. In diesem Rahmen wird auch die Zusammenarbeit mit den Akteuren der sozialen Ökonomie (CIGL, CoLabor, usw.) ausgebaut. Dabei muss die Gemeinde ihre Einflussmöglichkeiten nutzen (z.B. bei Aufträgen und Konventionen), um die Entwicklung prekärer Arbeitsverhältnisse (RMG-Arbeit, Interim usw.) zu bremsen und feste, unbefristete Arbeitsverträge zu fördern, sowohl bei der Gemeinde selbst, wie auch in der Sozialökonomie und der Privatwirtschaft. Die Gemeinde wird auch verstärkt Ausbildungsplätze für Jugendliche anbieten.

9.4. Die Infrastrukturen und Dienstleistungen für **Kinder und Jugendliche** werden weiter ausgebaut. Dabei muss vor allem die Bildungs- und Chancen zur persönlichen Entwicklung der Kinder aus sozial benachteiligten Familien erheblich verbessert werden.

9.5. Die Dienste für **ältere Menschen** werden ausgebaut: Haushaltshilfe und Pflege zu Hause, damit die Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld leben können; betreutes Wohnen, das für alle Einkommen erschwinglich sein muss; Maßnahmen gegen die Isolierung – z.B. Förderung von Nachbarschaftskontakten; dezentrale Treffpunkte und „Foyers de jour“; ein spezifisches Angebot des öffentlichen Transports für ältere oder weniger mobile Menschen; spezifische Angebote für Alzheimer- und Demenzkranke.

9.6. Die **soziale Lebensqualität** in den einzelnen Vierteln wird gezielt gefördert. Dazu gehört auch die Erhaltung oder Schaffung von Nahversorgungsstrukturen: Läden, Arztpraxen, öffentliche Dienste.

9.7. Differdingen muss auch vorbeugende und helfende Maßnahmen gegen die unterschiedlichen Formen der **Sucht und Abhängigkeit** bzw. ihre Folgen (Alkohol, Drogen, Medikamente, Tabak...) ergreifen. Dabei gilt ein besonderes Augenmerk der Frühprävention, also allen geeigneten Maßnahmen, um die Resistenz gegen Abhängigkeit zu stärken – im Bereich der Familien, der Elternberatung („Elternschule“), der Früherziehung, der Vorschule, der Schule, der gesellschaftlichen Angebote für Kinder und Jugendliche...

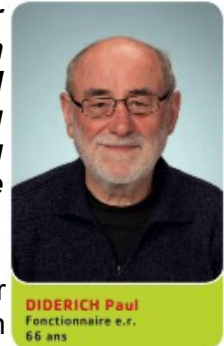
9.8. Die **Finanzpolitik** soll transparent und sozialer werden – und auch entsprechend ausgerichtet. Das gilt für die gemeindeeigenen Einnahmen (kommunale Taxen, Gebühren, Preise...) ebenso wie für die Prioritäten bei den Ausgaben. Die Bürger werden darüber informiert wo das Geld hinfließt.

9.9. **Information, Beratung und Mitbestimmung** in der Sozialpolitik: kontinuierlich wird die Bevölkerung über ihre sozialen Rechte, über die sozialen Infrastrukturen und Dienstleistungen der Gemeinde, über die Initiativen der Sozialpolitik informiert. An das Amt für soziale Entwicklung wird eine zentrale Beratungsstelle für soziale Fragen angebunden. Die Gemeinde organisiert die systematische Einbindung der Bürgerinnen und Bürger – vor allem der benachteiligten Schichten – in die sozialpolitischen Entscheidungsprozesse.

9.10.

## 10. Älteren Menschen Platz für ihre Potentiale bieten

*Ältere Menschen werden in unserer Gesellschaft vermehrt und immer früher ausgeschlossen, vom Arbeitsmarkt aber auch aus dem gesellschaftlichen Netz. Ihr Recht auf ein unabhängiges Leben, kulturell und sozial in der Gemeinde integriert, wird nicht genügend Rechnung getragen. Dabei können diese Menschen, wie alle Menschen, viel zu Gesellschaft beitragen, gerade auch im Bezug auf Herausforderungen die sich aktuell stellen.*



10.1. Ein „**Seniorenkommunalplan**“ wird aufgestellt. Nach einer Analyse der aktuellen Situation in Einbeziehung von der zuständigen Kommission, von interessierten Senioren und von Professionellen wird eine Aktionsplan aufgestellt.

10.2. Die Möglichkeiten **intergenerationeller Projekte** werden in Zusammenkünften zwischen Senioren und dem Jugendgemeinderat ausgelotet. Es soll diskutiert werden welche Räume für beide Altersgruppen geschaffen werden sollen und wie diese genutzt werden könnten.

10.3. In lokalen Projekten, wie der Bio-Gärtnerei, dem Botanikgarten, der Fahrradwerkstatt (siehe letztes Kapitel) und Projekte zur Aufwertung des lokalen Patrimoniums (Industriekultur,..) wird Senioren die Möglichkeit gegeben, sich ehrenamtlich einzubringen. Diese Projekte und auch lokale Vereine bekommen zusätzliche finanzielle und pädagogische Unterstützung um Senioren angepasst einzubinden. Älteren Menschen werden so eine Vielfalt von Möglichkeiten gegeben ihre konkreten **Kompetenzen und Erfahrungen wertvoll einzubringen**, wo sie auch wirklich gebraucht werden.

10.4. Ein Drittel der **Kommission „Jugend und Senioren“** soll von Senioren besetzt werden.

10.5. Der **DIFFBUS** soll gerade auch für die Bedürfnisse der Senioren ausgebaut werden und die ganze Woche hindurch regelmäßig fahren, sowie Naherholungsgebiete anfahren.

10.6. In allen Ortschaften der Gemeinde sollen ausreichend **Seniorenwohnungen** gebaut werden. Dazu soll ein Mehrjahresplan aufgestellt werden.

10.7. Aus der Bio-Gärtnerei sollen frische und lokale Produkte zur Zubereitung von dem „**Repas sur roue**“ Essen bezogen werden. Komplementär werden biologische und fairgehandelte Produkte bezogen. Die Vielfalt des Angebotes wird erweitert.

## 11. Kultur für eine lebendige Demokratie

*Kultur ist Zweck und nicht Mittel. Sie ist eine Investition in die Zukunft - eine Zukunft, die uns allen gehört, die uns wachsen und gedeihen lässt. Die Teilnahme aller Personen am kulturellen Leben ist ein Grundrecht. Kulturelle Werte prägen nicht nur die politische, sondern auch die soziale Entwicklung unserer Gesellschaft. Kultur ist die Grundlage einer intakten Demokratie. Daher engagieren sich déi Lénk, die künstlerische Kreation und Produktion verstärkt zu unterstützen, öffentliche Gelder gezielt in nachhaltige Konzepte zu investieren, kulturelle Infrastrukturen in allen Ortschaften einzurichten, soziale Eintrittspreise zu kulturellen Veranstaltungen zu gewährleisten und eine lebendige Erinnerungsarbeit zu fördern.*



11.1. **Soziale Integration** durch Kultur: Pädagogen und Vermittler sollen in unseren und benachbarten Kulturinstitutionen gezielt mit Kindern, Jugendlichen, Lehrern und Erziehern zusammenarbeiten, um Berührungängste abzubauen und die Schranken zwischen populärer und elitärer Kultur zu durchbrechen. Die Stadt Differdingen baut kulturelle Angebote für Kinder und Jugendliche in Theater, Stadtbibliothek und Musikschule aus und bietet kreative Ateliers an, die das ganze Jahr über besucht werden können.

11.2. Der Zuwachs an Studenten in der Region erfordert Freiräume. Die Stadt erarbeitet in Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Vereinigungen ein Konzept zur **Nutzung leer stehender Gebäude**, in denen sich Kulturschaffende frei entfalten können. Die Künstlerateliers werden so weiter ausgebaut und auch auf den Musikbereich ausgeweitet. Es wird sichergestellt, dass die „Kreativfabrik“ umgesetzt wird und zugänglich für alle bleibt – nicht nur für Künstler und Medienschaffende welche sich schon behauptet haben oder über genügend finanzielle Ressourcen verfügen.

11.3. Der „**Service culturel**“ der Stadt Differdingen soll die kulturelle Vielfalt der Stadt unterstreichen, nicht nur Mainstream-Events organisieren sondern auch ein spezifisches, multikulturelles Programm für in- und ausländische MitbürgerInnen erarbeiten. Darüber hinaus soll der „Service culturel“ hauptsächlich effiziente Synergien zwischen den verschiedenen Kulturinstitutionen, soziopolitischen und kulturellen Vereinigungen schaffen, um innovative Konzepte zu entwickeln und die kulturelle Attraktivität der Stadt Differdingen nachhaltig zu steigern.

11.4. Der „**Service culturel**“ macht in Zusammenarbeit mit dem „Centre de Ressources“ der Rockhal eine **Bestandsaufnahme der lokalen Musikgruppen** und fasst sie alle auf einer Homepage zusammen. Wenn Konzerte in der Gemeinde organisiert werden, wird auch immer einer lokalen Gruppe die Möglichkeit gegeben auf der Bühne zu stehen.

11.5. Die Stadt arbeitet ein Konzept für die **Revalorisierung der Stadtbibliothek** aus. Dazu zählt auch das Angebot einer Mediathek mit audiovisuellen und Onlinemedien.

11.6. déi Lénk setzen sich für die Wiederbelebung des **Stadtzentrums ein** - ein attraktiver Ort für alle Bürger, mit Ausgelmöglichkeiten und dem geplanten **städtischen Kulturzentrum**. Das Kulturzentrum soll für alle **kulturellen Vereinigungen in Differdingen und der Region zugänglich sein** und die Miete für Räume muss nach Veranstaltungsart angepasst werden. Es soll auch ein Konzept ausgearbeitet werden um regelmässig **Filmvorführungen** im Kulturzentrum zu organisieren.

11.7. déi Lénk setzen sich dafür ein, dass die **Vereinigung „Centre Culturel Differdange“ einen Raum** innerhalb des geplanten **städtischen Kulturzentrum**. Bekannt durch die Zeitschrift



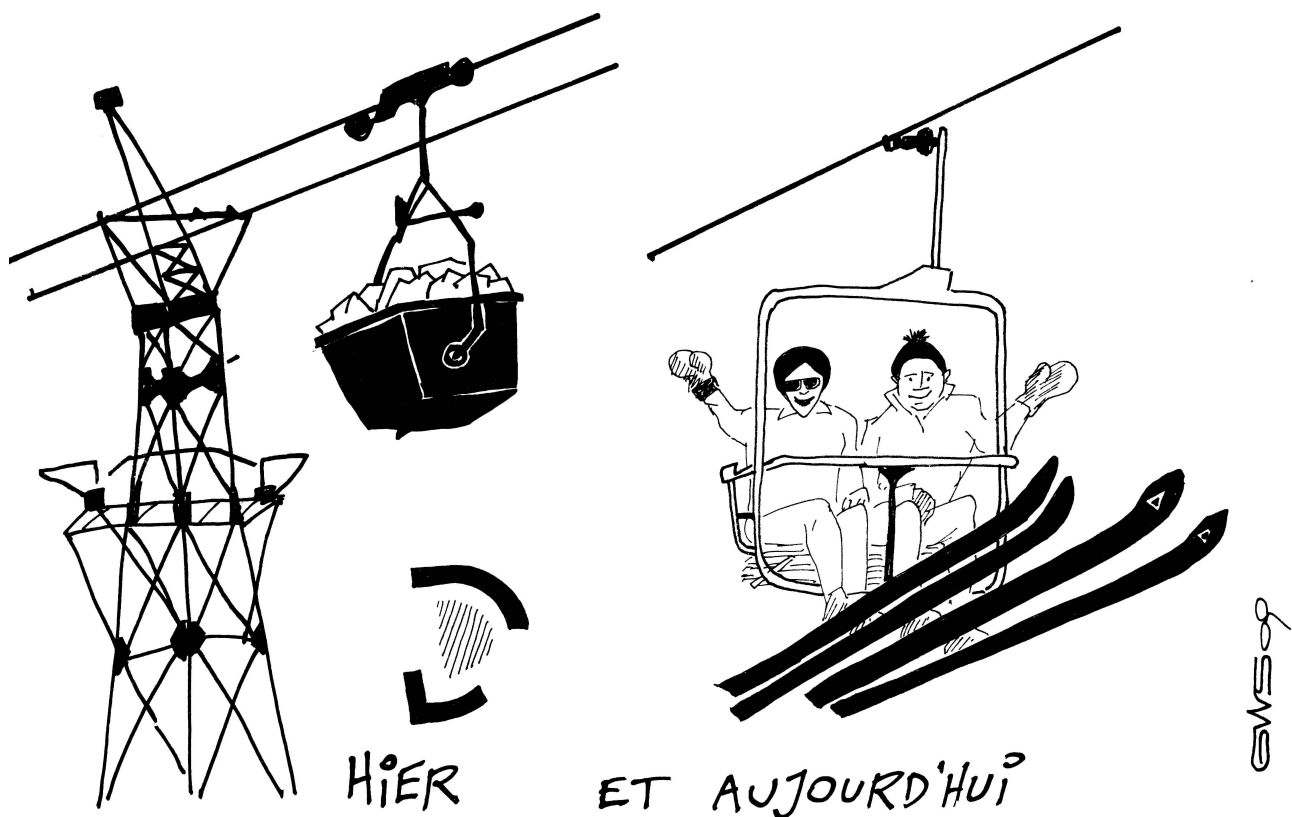
„Galerie“, hat dieser lokale Kulturverein seit vielen Jahren einen wichtigen Beitrag für die lokale Kultur geleistet und muss momentan im Keller einer Grundschule Unterschlupf finden.

11.8. Die Stadt Differdingen gewährleistet mittels regelmäßigen „**assises culturelles**“ eine kontinuierliche demokratische Einmischung aller Kulturschaffenden und -interessierten in die Kulturpolitik der Stadt Differdingen. Die Anregungen und Schlussfolgerungen der „assises culturelles“ sollen öffentlich diskutiert werden mit dem Ziel der Entwicklung eines „Kulturkommunalplanes“.

11.9. Die Stadt Differdingen unterstützt die Gründung einer regionalen **Volkshochschule** (Université Populaire), mit einem breiten Angebot an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung.

11.10. Die Stadtverwaltung erarbeitet zusammen mit qualifizierten Bürgern und Vereinen eine **Bestandsaufnahme des historischen Erbes** (von der prähistorischen Erzgewinnung bis zu den Minenportalen) und entwickelt ein Konzept, die kulturellen Besitztümer (u.a. des Train 1900 und der archäologischen Artefakte) den Bürgern und den Schülern wieder zugänglich zu machen. Zusammen mit „Sites et Monuments“ sollen auch aktiv die zu schützenden Häuser weiter erfasst werden und ein Renovierungsprogramm aufgestellt werden.

11.11. Das **Centre Noppeney** ist renovierungsbedürftig oder sogar dem Abriss geweiht. Zusammen mit den lokalen kulturellen Akteuren soll untersucht werden, was neben dem im Bau befindlichen Kulturzentrum an Bedarf besteht. Aktivitäts- und Versammlungsräume für Vereine werden zum Beispiel benötigt.



## 12. Frauen und Männer gleich stellen

*Die Stadt Differdingen hat im Bereich Gleichstellung in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen. Déi Lénk begrüßen diese Entwicklung, denn wir treten seit jeher für gleiche Rechte ein. Viele Schritte zur Gleichberechtigung wurden unternommen, doch es bleibt noch einiges zu tun, um Diskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen abzubauen („Gender Mainstreaming“). Die Gemeinden spielen im Bereich der Gleichstellungspolitik eine wesentliche Rolle, denn ihre Politik beeinflusst den Alltag aller Bürgerinnen und Bürger.*



**COLBACH Eliane**  
Chargée de cours  
55 ans

12.1. Die „**Gender Mainstreaming**“ Politik muss ausgebaut werden. In allen gesellschaftlichen Bereichen (Sozialpolitik, Personalpolitik, Schule, Transport, Stadtentwicklung...) muss der Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit im Vordergrund stehen, denn politische Entscheidungen haben unterschiedliche Auswirkungen auf Männer und Frauen.

12.2. Das **Gleichstellungsamt** und die Kommission werden bei Gemeindeprojekten in die Planung einbezogen und überprüfen sie unter den Aspekten der Gleichstellung. Die Gemeindeämter werden weiter zum Thema Gleichstellung sensibilisiert.



**GUALANDRIS Packo**  
DJ & Producer  
31 ans

12.3. In der Gemeindeverwaltung wird die **berufliche Gleichstellung** von Männern und Frauen weiter gefördert. Gleichwertige Arbeit muss gleich bezahlt werden. In der oberen Hierarchie befinden sich weiterhin mehr Männer als Frauen. Der Gleichstellungsplan muss also fortgeführt werden.

12.4. Ähnlich wie in Esch sollen **GenderBudgeting-Berichte** aufgestellt werden um klar zu erfassen wie unterschiedlich Frauen und Männer in bestimmten Bereichen wie z.B. Kultur oder Sport vertreten sind. Es ist daher wichtig, das Gender Budgeting weiter in der Gemeindepolitik zu verankern. Andererseits muss es Konsequenzen für den Alltag in der Gemeinde haben.

12.5. Studien im **Bereich Kultur** veranschaulichen, dass Frauen die Bibliotheken und die Kultureinrichtungen weitaus mehr nutzen als Männer. Auf der Bühne sieht das jedoch anders aus. Es ist daher an der Gemeinde, mehr Künstlerinnen zu engagieren, um hier ein Gleichgewicht zu schaffen, und mehr Männer für das Theater, die Galerie und die Bibliothek zu interessieren.

12.6. Die Gemeinde setzt sich für eine nach Geschlecht **ausgewogene Zusammensetzung der Gemeindekommissionen** ein.

12.7. Der Aspekt der **Geschlechtergerechtigkeit soll in der pädagogischen Arbeit** in den Schulen und den Maison Relais eine zentrale Rolle spielen. Die Gemeinde fördert schulische Projekte, die eine geschlechtsspezifische gesellschaftliche Rollenverteilung in Frage stellen. In dem Sinne ist das « Gender4Kids » Projekt (Ausbildungen für das Personal der Maisons Relais zu Geschlechterfragen) eine gute Initiative und es soll in den nächsten Jahren weitergeführt werden und auf die Grundschulen ausgebaut werden.

12.8. Die Gemeinde **unterstützt aktiv Organisationen**, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen. (Berufsberatung, Hilfe bei häuslicher Gewalt, Sexualaufklärung).

12.9. **Sozialpolitische Maßnahmen** müssen immer auch die Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel haben.

## 13. Eine behindertengerechte Stadt

*In den letzten 6 Jahren wurden endlich Maßnahmen eingeleitet zur behindertengerechten Gestaltung von Bürgersteigen oder von öffentlichen Gebäuden. Doch es bleibt noch viel zu tun: z.B. sind an vielen Kreuzungen die Bürgersteige immer noch nicht abgeflacht. Auch im Bereich der Behindertenpolitik gilt das Konzept des „mainstreaming“, um Diskriminierungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen abzubauen. Alle kommunalen Projekte müssen daher die Bedürfnisse der behinderten Personen berücksichtigen.*



13.1. Die Stadt Differdingen schreibt die Rechte der behinderten Personen ausdrücklich in einer kommunalen **Charta** fest, die in Zusammenarbeit mit den Behinderten und ihren Organisationen ausgearbeitet wird und für die Gemeinde als verbindlich gilt.

13.2. Die Stadt stellt einen verbindlichen **Finanz- und Zeitplan** auf, nach dem alle Bürgersteige, sowie öffentlich zugänglichen Gebäude und Einrichtungen behindertengerecht umgestaltet werden.

13.3. Das **Bautenreglement** setzt für alle neu zu bauenden öffentlichen Gebäude und Einrichtungen (Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, kommunale und staatliche Verwaltungen, Sporthallen, kulturelle Infrastrukturen, Parkhäuser, usw.) Verpflichtungen für behindertengerechtes Bauen fest.

13.4. Die **Integration behinderter Kinder** in der allgemeinen Grundschule wird gefördert: die räumlichen Voraussetzungen werden geschaffen und die notwendigen personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt.

13.5. Der **gesetzlich festgesetzte Anteil von Behinderten** am Personal der Gemeindeverwaltung muss erreicht werden.

13.6. Die Differdinger Gemeinde setzt sich dafür ein, den **öffentlichen Transport** behindertengerechter zu gestalten, besonders beim TICE-Bussyndikat, wo sie direkten Einfluss hat.

13.7. Die Gemeinde gibt einen „**Führer für Personen mit Behinderung**“ heraus, der sämtliche Restaurants, Cafés, Geschäfte, Hotels, öffentliche Einrichtungen, Sport- und Kulturzentren, Parkhäuser usw. auflistet, die behindertengerecht gestaltet sind.

13.8. Bei allen von der Gemeinde organisierten Festen, Konzerten, Feiern, usw. werden die Rahmenbedingungen so gestaltet, dass auch behinderte Personen daran teilnehmen können.

## 14. Sport für alle

*Sport und Bewegung sind nicht nur gesund, sondern haben auch eine wichtige soziale Funktion, und das für alle Altersgruppen und Geschlechter. Daher muss die Gemeinde die sportliche Betätigung soweit wie möglich fördern, egal ob im Verein oder nicht organisiert. In den letzten fünf Jahren wurde in die Sport-Infrastrukturen investiert, das kommunale Sportangebot im Bereich Freizeit- und Gesundheitssport wurde ausgebaut.*



14.1. Ein **Sportamt** wird gegründet und bekommt finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Die Vereine können dadurch besser unterstützt werden, die Bürger und Bürgerinnen besser über das Sportangebot informiert werden und die Aufgaben und Angebote der Gemeinde im Bereich Freizeit- und Gesundheitssport weiter ausgebaut werden.

14.2. Sportpolitischen Leitlinien der Gemeinde und ein **Sportförderprogramm** werden ausgearbeitet.

14.3. Der **Vereinssport** wird weiter gefördert und die bestehenden Sportinfrastrukturen werden verbessert, um den Differdinger Vereinen mehr und bessere Trainingsmöglichkeiten zu bieten. Die Gemeinde unterstützt insbesondere Vereine, die ihren Mitgliedern nicht nur Leistungssport, sondern auch Gesundheits- und Freizeitsport ermöglichen.

14.4. Es werden zusätzliche Infrastrukturen im Bereich **Freizeitsport** zur Verfügung gestellt. Hier können Kinder, Jugendliche und auch Erwachsene Sport treiben, auch wenn sie nicht Mitglied in einem Verein sind. Die Ausgestaltung dieser Stätten muss behindertengerecht sein, und die Einwohner und Einwohnerinnen werden daran beteiligt, um die unterschiedlichen Interessen der potentiellen Nutzenden zu berücksichtigen.

14.5. Die Angebote der Gemeinde im Bereich **Jugend- und Seniorensport** werden weiter ausgebaut. Die Angebote werden evaluiert und gegebenenfalls den Bedürfnissen angepasst.

14.6. Die Gemeinde bietet weiter die **LASEP-Kurse** für Kinder der Vor- und Grundschulen an. Die Sportlehrer und -lehrerinnen bekommen Weiterbildungskurse zur gezielten Entwicklung der motorischen Fähigkeiten aller Kinder, vom Kindergarten bis zum 6. Schuljahr, altersgerecht und im Einklang mit der individuellen körperlichen Verfassung, angeboten.

14.7. Die **Integration** der ausländischen Mitbürger und Mitbürgerinnen in den Sportvereinen wird durch spezifische Projekte unterstützt.

14.8. Die Gemeinde unterstützt die sportliche Betätigung der **Mütter und Väter** und bietet eine Kinderbetreuung während den von ihr oder von den Vereinen organisierten Sportkursen an.

## 15. Nachhaltige Planung der Stadtentwicklung

*Trotz ersten Ansätzen seit den 90er Jahren fehlt es noch immer an einer systematischen und vernetzten Stadtentwicklungsplanung in Differdingen. Hier müssen in Zukunft weitere konkrete Akzente gesetzt, die Bürgerinnen und Bürger stärker eingebunden und die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit – die soziale, die ökologische und die ökonomische – berücksichtigt werden. In den Kapiteln zur Verkehrspolitik, zur Umwelt, zur Energiewende, zur Sozialpolitik, zur Beschäftigungspolitik usw. finden sich unsere konkreten Vorschläge für die verschiedenen Aspekte einer nachhaltigen Stadtentwicklung.*



15.1. Zu den wichtigsten **Herausforderungen** der Entwicklungsplanung und also zu den allerersten Prioritäten gehört die Verbindung der wirtschaftlichen Dynamik, der sozialen Weiterentwicklung, der Wohnungsfrage, der Verbesserung des Qualifikationsniveaus und der Beschäftigungspolitik, der notwendigen Energiewende.

15.2. **Sektorielle Arbeitsgruppen** beschäftigen sich mit den verschiedenen Feldern der Stadtentwicklung: Wirtschaftliche Dynamik und soziale Entwicklung, Schulen und Forschung, also auch die Universitäten in und um Differdingen (Miami University, Uni Belval), Umwelt, Klima- und Energiepolitik, Kultur - Sport - Freizeit. Sie entwickeln gemeinsam Leitbilder für die Zukunft und erarbeiten die entsprechenden Maßnahmen.

15.3. Um eine **nachhaltige Entwicklung** zu gewährleisten, schafft sich die Stadt Differdingen neue Instrumente (die auch für andere Gemeinden zum Vorbild werden könnten): einen kommunalen Nachhaltigkeitsrat (der aber ernster genommen werden muss als der nationale), einen kommunalen Nachhaltigkeitsplan (der auch besser werden muss als der nationale). Im Rahmen der Entwicklungsplanung werden alle wichtigen Maßnahmen und Projekte einer „Verträglichkeitsprüfung“ unterworfen – im Sinn einer ökologisch, sozial und kulturell nachhaltigen Entwicklung.

15.4. Die gesamte Stadtentwicklungsplanung wird nach **demokratischen Prozeduren** organisiert: Interessierten Bürgerinnen und Bürger und Vertreter von Vereinigungen werden an den genannten Arbeitsgruppenbeteiligt; die „Zukunftsforen“ werden weitergeführt – allerdings mit einer konsequenteren Auswertung als bisher; öffentliche Bürgerversammlungen und „Runde Tische“ zu den großen Linien der Entwicklungsplanung, also den Leitbildern ebenso wie den entsprechenden konkreten Maßnahmen und Projekten.

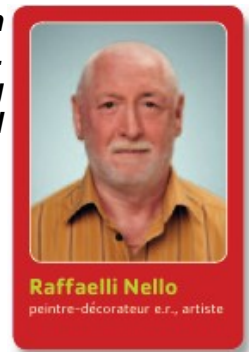
15.5. Aufbauend auf diesen Entwicklungsprozessen soll der „Plan d'Aménagement Générale“ (PAG) überarbeitet werden und sichergestellt werden, dass sie sämtliche Wohnbaugelände (PAP) danach richten und ökologische Kriterien berücksichtigen (Regenwassernutzung, Ausrichtung nach Süden, gemeinsame Strom- und Heizkraftwerke (BHKW) ). **Im PAG sollen alle Gebiete die es zu schützen gilt** (je nach Konsultierung der Bürger, unserer Meinung nach der Thillenberg, die „dreckig Wissen“, die Schrebergärten), deutlich **ausgewiesen werden**.

15.6. Die Entwicklungsplanung geschieht in kontinuierlicher **Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden** auf luxemburgischer und auf französischer Seite (grenzüberschreitende Entwicklungsplanung), damit Differdingen Teil einer kohärenten Region mit hoher Lebensqualität wird. Ein Modell der Zusammenarbeit, das ausschließlich auf dem Kriterium der privatwirtschaftlichen Effizienz und Kostendeckung beruht, lehnen wir ab. Nur so kann der neoliberalen, von der EU geförderten Markt- und Standortkonkurrenz ein Ende gesetzt werden.



## 16. Soziale, ökologischen und demokratischen Modellprojekte

*Nachhaltigkeit, soziale, demokratische und ökologische Aspekte werden von vielen gepriesen, in der Praxis wird aber oft das Gegenteil gemacht. „déi Lénk“ fordert, dass die Gemeinde Differdingen sich zur Umsetzung von zwei Modellprojekten einsetzt und damit Vorreiter in Luxemburg und der Grossregion wird.*



### ***BIOSOLIDAR – Lokales Gärtnerei-Projekt vereinigt Vergangenheit und Zukunft***

„déi Lénk“ wird die Schaffung einer lokalen Bio-Gärtnerei und eine damit verbundene Imkerei auf den Weg bringen. Die Gärtnerei wird einen wichtigen lokalen Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit leisten und auch anderen Erwerbslosen und benachteiligten Bürgern ( etwa Menschen mit Behinderung, ...) eine Alternative anbieten.

Neben der Arbeitsbeschaffung soll das Projekt eine solide Ausbildung zum Gärtner anbieten und somit der Jugend eine ordentliche Berufszukunft anbieten.

Zusätzlich zum Anbau von Gemüse sollen auch Früchte in der Gemeinde geerntet und verarbeitet werden (es gibt viele Obstgärten in der Gemeinde, privat und von der Gemeinde, „Kannerbongert“).

Das angebaute Gemüse wird in den lokalen „Maisons Relais“ anstelle des importierten teuren Bio-Gemüses verwendet und sorgt somit für ökologische (nicht nur „Bio“, sondern auch weniger CO2-Belastung durch Transport) und gesunde Ernährung unserer Kinder. Außerdem soll lokales Gemüse und Obst bei Überproduktion auf dem lokalen Markt verkauft werden.

Die Gärtnerei und Imkerei sollen, ähnlich wie die „Naturschoul“ in Lasauvage zu pädagogischen Zwecken genutzt werden, hauptsächlich als kontinuierliche Aktivität der „Maisons Relais“, um Kindern die Natur und die Herkunft von Gemüse und Obst näher zu bringen.

Das Projekt soll von einer basisdemokratischen Struktur getragen werden, welche die Mitbestimmung und Beteiligung aller Differdinger Bürger ermöglicht. Eine „Société Coopérative“ soll sicherstellen, dass das Projekt weder (partei)politisch noch profitorientiert missbraucht wird. Hier könnten alle Bürger Anteile kaufen und den Verwaltungsrat wählen (wie z.B. bei Co-Labor).

## ***Botanico – Ökologisch und sozialer Botanikgarten mit Indoor & Outdoor Aktivitäten***

Vor kurzem wurde ein Verein gegründet, der die Idee eines Botanikgarten im Kordall auf den Weg bringen will. Dieses Projekt ist modellhaft für einen wirklich verstandenen Begriff der Nachhaltigkeit. Soziale, ökologische und wirtschaftliche Aspekte können hier berücksichtigt werden und die Attraktivität der Gemeinde Differdingen und der gesamten Region würde damit gesteigert werden, ohne dass dies wie bei einem „Aquasud“ oder einer künstlichen Skipiste auf Kosten von Mensch und Natur gehen muss. Im grossräumigen Umkreis gibt es keinen Botanikgarten und zusammen mit dem Botanikgarten können interessante und wichtige weitere Angebote realisiert werden: Indoor-Spielplatz, Outdoor-Erlebnissgarten, Gastronomie,... Neben dem Beispielcharakter der Nachhaltigkeit besitzt dieses Projekt auch ein großes Potential um den Tourismus zu fördern und kann für pädagogische Aktivitäten für Kinder und Jugendliche genutzt werden. Auch für ältere Menschen würde ein zusätzliches Angebot in der direkten Umgebung geschaffen werden.



## ***Re-cycle - ein ökologisches und soziales Projekt öffentlicher Fahrräder***

Fern vom städtischen „Veloh“ und noch konsequenter als das Escher „Vel'OK“, sollen hier, wie auch die ersten solchen öffentlichen Fahrräder in Kopenhagen, gebrauchte Fahrräder in den Einsatz kommen, welche in Stand gesetzt werden. Zu diesem Zweck, wird eine Fahrradwerkstatt eingerichtet. Diese wird auch für alle Bürger zugänglich sein, um mit der Hilfe von den hier Arbeitenden Profis, das eigene Fahrrad selbst zu reparieren. Dieses Projekt schafft Arbeitsplätze, antwortet auf das Bedürfnis nach einer lokalen Fahrradreparaturmöglichkeit und fördert den Fahrradtransport.

---

## **Kontakt:**

Jede/r, der/die sich für unsere Arbeit und Stellungnahmen interessiert, kann über e-mail oder Facebook Kontakt mit uns aufnehmen. Jede/r der/die uns unterstützen oder bei der Verbreitung unserer Ideen mithelfen will, kann an unseren Versammlungen teilnehmen, sich über e-mail melden oder uns auf Facebook besuchen ...

### **Kontakt der Sektion Déifferdäng per e-mail:**

Die e-mail-Adresse der Sektion Luxemburg-Stadt lautet: [info.differdange@dei-lenk.lu](mailto:info.differdange@dei-lenk.lu)

## **déi Lénk**

B.P. 817  
L-2018 Luxembourg  
5, rue Aldringen  
L-1118 Luxembourg  
Téléphone: 26 20 20 72  
Fax: 26 20 20 73  
CCPLLULL: IBAN LU41 1111 1549 7465 0000  
BCEELULL: IBAN LU24 0019 1300 4344 5000  
[sekretariat@lenk.lu](mailto:sekretariat@lenk.lu)  
[www.lenk.lu](http://www.lenk.lu)